

prozesses und einer dauernden Verbesserung in der Rechtsstellung des Angeklagten verknüpft sehen.

Die hier gemachten Gesetzesvorschläge erübrigten sich, wenn das Reichsgericht in seiner den Angeklagten ungünstigen Rechtsprechung die hier aufgeworfenen Fragen zugunsten des Angeklagten nach dem geltenden Rechte entscheiden würde. In vielen, ja den meisten Fällen würde der Geist des Gesetzes und der Wille des Gesetzgebers dem nicht entgegenstehen, wenn nur der Wille des Revisionsgerichts die hier vertretenen Ziele zu fördern geneigt wäre. Je unbefriedigender die Rechtsprechung des Reichsgerichts ist, um so dringlicher ist die Strafprozeßreform.

Auf eine Reihe von Fällen, in denen die Verteidigung die Hilfe des Reichsgerichts zuversichtlich erwartet, ist hier nicht näher eingegangen.

2.

Der Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Paraguay.

Von Dr. jur. Wolfgang Mettgenberg, Staatsanwalt in Elberfeld.

Im Jahre 1902 hat die Regierung des Freistaats Paraguay einen deutschen Auslieferungsantrag mit der Begründung abgelehnt, daß zwischen dem Deutschen Reich und Paraguay kein Auslieferungsvertrag bestehe und daß nach der paraguayischen Gesetzgebung Auslieferungen ohne Vertrag nicht zulässig seien. Da Paraguay auf diesem Standpunkt beharrte, wurden Verhandlungen über einen Auslieferungsvertrag eingeleitet. Als Ergebnis konnte am 26. November 1909 in Asunción ein Auslieferungsvertrag in deutscher und spanischer Sprache unterzeichnet werden. Am 5. Mai 1914 wurde das feine Annahme aussprechende Gesetz in Paraguay verkündet. Im Deutschen Reich wurde er am 18. März 1915 dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Genehmigung vorgelegt, nachdem er die Zustimmung des Bundesrats erhalten hatte¹⁾. Schon am 20. März 1915

¹⁾ Vgl. Drucksachen des Reichstags, 13. Legislatur-Periode, II. Session 1914/15, Nr. 54.

wurde er ohne jede Besprechung in allen drei Lesungen angenommen²⁾. Am 14. August 1915 erfolgte der Austausch der Ratifikationsurkunden in Asunción³⁾. Der Vertrag ist dann alsbald in deutscher und spanischer Sprache im Reichsgesetzblatt veröffentlicht worden und steht nach seiner Schlußbestimmung in Art. 18 seit dem 25. September 1915 in Wirksamkeit⁴⁾.

Es läge nahe, ihn mit dem Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Bulgarien vom 29. September 1911 zu vergleichen. Ein solcher Vergleich würde sehr zuungunsten des Vertrages mit Paraguay ausfallen. Der bulgarische Vertrag ist das bisher beste Vorbild für die deutschen Anschauungen auf dem Gebiete des Auslieferungsrechts. Auch in seiner äußeren Gliederung und dem Aufbau der Bestimmungen ist er der wertvollste Vertrag, den das Deutsche Reich besitzt⁵⁾. Ihm gegenüber erscheint der Vertrag mit Paraguay ungeordnet, hergebracht, stellenweise geradezu rückständig. Wie die Denkschrift, mit welcher er dem Reichstage vorgelegt wurde, ergibt, diente als Muster für ihn nicht ein deutscher Auslieferungsvertrag, sondern ein solcher Paraguays⁶⁾. Auf Wunsch der Regierung des Freistaats wurde den Verhandlungen der in französischer Sprache verfaßte paraguayische Auslieferungsvertrag mit der Schweiz vom 30. Juni 1906 zugrunde gelegt⁷⁾. Von diesem Muster ist nur soweit abgewichen worden, als das deutsche Recht und die Bestimmungen der früheren deutschen Auslieferungsverträge Abweichungen erforderlich oder zweckmäßig erscheinen ließen. Man wird daher in dem Vertrag mit Paraguay keine Vereinbarungen finden, die den deutschen Rechtsanschauungen geradezu zuwiderlaufen. Die Denkschrift kann sogar mit Recht sagen: „Die grund-

²⁾ Vgl. Stenographische Berichte über die Verhandlungen des Deutschen Reichstags, 13. Leg.-Periode, II. Session 1914/15: 1. und 2. Beratung S. 97; 3. Beratung S. 131.

³⁾ Reichsgesetzblatt 1915 S. 582.

⁴⁾ Reichsgesetzblatt 1915 S. 571.

⁵⁾ Vgl. Mettgenberg, Der Auslieferungsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und Bulgarien, 1913/14. In dieser Zeitschrift Bb. 35 S. 26 ff.

⁶⁾ Vgl. Anm. 1.

⁷⁾ Abgedruckt in: Martens, Nouveau recueil général de traités, 2me série, Bb. 35 S. 281 ff.; J. Langhard, Das schweizerische Auslieferungsrecht nebst den Auslieferungsverträgen der Schweiz (Bern 1910), S. 243 ff. (in deutscher Übersetzung).

äglichen Fragen des Auslieferungsrechts sind in dem Vertrag in gleichem Sinne wie in anderen Auslieferungsverträgen des Reichs geregelt worden.“ Man wird trotzdem berücksichtigen müssen, daß bei dem Zustandekommen des Vertrags der paraguayische Einfluß auf die Bestimmungen im einzelnen überwogen hat. Das tritt in der Tat mehrfach hervor und wird noch deutlicher, wenn gelegentlich noch ein anderer Auslieferungsvertrag Paraguays aus neuerer Zeit, und zwar derjenige mit England vom 12. September 1908, zum Vergleich herangezogen wird⁸⁾.

I.

Jede Auslieferungsvereinbarung muß zunächst Auskunft darüber geben, unter welchen Voraussetzungen Auslieferungspflichten für die beteiligten Staaten vorliegen sollen. Sie wird daher folgende Fragen zu beantworten haben:

1. Welche Personen sind auslieferungspflichtig?
2. Welche Verbrechen sind auslieferungspflichtig?
3. Welche Umstände sind sonst auf die Auslieferungspflichten von Einfluß?

Dieses materielle Auslieferungsrecht regelt der Vertrag mit Paraguay nicht im Zusammenhang, sondern in mannigfach durcheinander geschachtelten Bestimmungen.

Nach der persönlichen Seite hin bestimmt Art. 3 Ziff. 1, daß die Auslieferung nicht stattfindet, wenn die beanspruchte Person die Staatsangehörigkeit des ersuchten Staates besitzt. Dieser Vorbehalt zugunsten der eigenen Staatsangehörigen ist von jeher in der deutschen Auslieferungspraxis Rechtsens gewesen und beruht jetzt auf § 9 des Deutschen Strafgesetzbuchs. Er entspricht aber ebenso der neueren amerikanischen Staatenpraxis, wie er denn auch selbstverständlich in dem Auslieferungsvertrag Paraguays mit der Schweiz vom 30. Juni 1906 (Art. 3 Ziff. 1) und weniger selbstverständlich in dem Vertrage des Freistaates mit England vom 12. September 1908 (Art. III) Aufnahme gefunden hat. Von dieser Ausnahme abgesehen, erstreckt sich die beiderseitige Auslieferungspflicht auf alle Personen, die von den Gerichten des ersuchenden Teils verfolgt werden oder verurteilt worden sind und sich im Gebiete des anderen Teils aufhalten (Art. 1).

⁸⁾ Abgedruckt im Supplement to the American Journal of International Law. vol. 5 (1911) S. 293 ff.; der Vertrag wurde am 30. Januar 1911 ratifiziert.

In sachlicher Beziehung sind die auslieferungspflichtigen Verbrechen und Vergehen in Art. 2 Abs. 1 unter 20 Ziffern aufgeführt. Für die Auslieferungspflicht ist es ohne Belang, ob der Verfolgte oder Verurteilte für die Auslieferungsverbrechen als Täter oder Teilnehmer angesehen wird (Art. 1), und ob das Delikt vollendet ist oder nur ein Versuch vorliegt (Art. 2 Abs. 3). Dagegen ist der Tatort von einer gewissen Bedeutung. Ist nämlich die strafbare Handlung, wegen deren die Auslieferung beantragt wird, im ersuchten Staate begangen, so wird dieser regelmäßig die beanspruchte Person vor seine eigenen Gerichte stellen müssen und kann dann die Auslieferung verweigern (Art. 4). Ist aber die Tat in einem dritten Staate begangen, so wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn nach den Gesetzgebungen beider Vertragsteile die gerichtliche Verfolgung solcher Auslandsverbrechen möglich und der ersuchte Staat nicht genötigt ist, den Täter vor seine eigenen Gerichte zu bringen oder ihn der Regierung des Tatorts auszuliefern (Art. 8). Im allgemeinen entspricht das Verbrechenverzeichnis mit seinen erläuternden Bestimmungen der Regelung der Auslieferungspflichten in dem Vertrage Paraguays mit der Schweiz von 1906 (Art. 2 Abs. 1 und 2, Art. 3 Ziff. 3, 11). In dem Vertrage mit England von 1908 ist das Verbrechenverzeichnis etwas reichhaltiger, andererseits aber stets vorausgesetzt, daß das Auslieferungsdelikt in dem ersuchenden Staat selbst begangen ist (Art. I, II). Die deutsche Denkschrift bemerkt allgemein: „Wenn in dem Vertrage der Kreis der die Auslieferung begründenden Straftaten zum Teil enger gezogen ist als in anderen abgeschlossenen Verträgen, so ist dabei zu berücksichtigen, daß einerseits die von den deutschen Gesetzen sehr abweichende Gesetzgebung des Freistaats, andernteils die weite Entfernung der beiden Vertragsstaaten eine gewisse Beschränkung notwendig machte“⁹⁾. Auf den abweichenden Vorschriften der paraguayischen Gesetzgebung beruht es, wenn nach Art. 2 Abs. 3 eine Auslieferungspflicht nur dann besteht, wenn nach dem Strafrecht beider Teile das Höchstmaß der auf die Straftat angedrohten Freiheitsstrafe nicht weniger als ein Jahr beträgt. Dieselbe Einschränkung findet sich in dem schweizerischen Vertrage (Art. 2

⁹⁾ In Paraguay gilt das Strafgesetzbuch vom 21. Juli 1880; vgl. v. Liszt-Erusen, Die Strafgesetzgebung der Gegenwart in rechtsvergleichender Darstellung, Bb. 2 (Berlin 1899) S. 83 ff.

Abf. 3), und ebenso in dem englischen (Art. V Abf. 2). Die einzelnen Auslieferungsverbrechen bieten durchweg nichts Besonderes. Die Denkschrift weist aber ausdrücklich auf die Fassung der Tatbestände hin, die unter Ziffer 2 genannt sind. Es heißt hier, auslieferungspflichtig sei:

„2. vorsätzliche Körperverletzung oder Mißhandlung, sofern Tatumstände vorhanden sind, die nach dem Rechte des einen oder des anderen Teiles die Strafbarkeit erhöhen.“

Diese Fassung wurde gewählt, weil in den beteiligten Strafgesetzen die Tatumstände, welche die Körperverletzung qualifizieren, sehr verschieden umschrieben sind. Als Vorbild diente hier die Neufassung der Ziffer 15 in Art. 1 des deutsch-luxemburgischen Auslieferungsvertrags vom 9. März 1876 durch den Zusatzvertrag vom 6. Mai 1912, wonach ganz entsprechend Auslieferung bewilligt werden soll¹⁰⁾:

„15. wegen vorsätzlicher Körperverletzung, sofern Tatumstände vorhanden oder Folgen eingetreten sind, die nach dem Rechte des einen oder des anderen Teils die Strafbarkeit erhöhen.“

Die Klausel beiderseitiger Strafbarkeit — die Denkschrift nennt sie, wie vielfach üblich, aber weniger deutlich: das „Prinzip der identischen Norm“ — ist auch hier völlig gewahrt. Kein Fall der Körperverletzung ist auslieferungspflichtig, der nicht beiderseits strafbar wäre. Es kann sich nur ereignen, daß der ersuchte Staat in einem Fall ausliefern muß, in dem nach seinem Recht einfache Körperverletzung in Frage kommt, er also im umgekehrten Falle keinen Auslieferungsanspruch hätte. Das bedeutet zunächst anscheinend einen Verzicht auf Reziprozität, wenn auch in bescheidenem Umfang. Ein Ausgleich tritt aber gegebenenfalls dadurch wieder ein, daß bei jedem der beiden Staaten Qualifikationstatbestände fehlen, die der andere als solche kennt. Auf diese Weise wird dann die Gegenseitigkeit in einem weiteren Sinne wiederhergestellt. Sie beherrscht den deutsch-paraguayischen Vertrag ebenso, wie sie im deutschen Auslieferungsrecht überhaupt gilt¹¹⁾. Eine ihrer wichtigsten Folgeerscheinungen ist die schon erwähnte Klausel beiderseitiger Strafbarkeit aller für die Aus-

¹⁰⁾ Reichsgesetzblatt 1912 S. 491.

¹¹⁾ Vgl. Mettgenberg, Die Reziprozität im deutschen Auslieferungsrecht. Im Archiv für öffentliches Recht, Bd. 25 (1909) S. 1 ff., namentlich S. 88 ff.

lieferung in Frage kommenden Verbrechenstatbestände. Diese wird aber in Art. 2 Abs. 3 ausdrücklich vereinbart: „Die Auslieferung soll wegen der vorbezeichneten Straftaten nur beansprucht werden können, wenn die Handlung auch nach dem Rechte des ersuchten Teils strafbar ist, und wenn nach der Gesetzgebung beider Teile das Höchstmaß der auf die Straftat angedrohten Freiheitsstrafe nicht weniger als ein Jahr beträgt.“ Hiermit steht in gedanklichem Zusammenhang, daß bestimmt ist, Auslieferungen fänden nicht statt, „wenn die Strafverfolgung oder die Strafvollstreckung zur Zeit, wo der Auslieferungsantrag gestellt wird, nach der Gesetzgebung des ersuchten Staates verjährt ist“ (Art. 3 Ziff. 3).

Ganz anderer Art sind die Erwägungen, welche das berühmte *Ajhl* für politische Verbrecher in das Auslieferungsrecht eingeführt und ihm seinen Bestand bis heute erhalten haben. Der Auslieferungsvertrag mit Paraguay verkündet es in Art. 3 Ziff. 2:

„Die Auslieferung findet nicht statt wegen politischer Verbrechen oder Vergehen oder wegen Handlungen, die mit solchen im Zusammenhang stehen.“

Erläuternd wird dann in Art. 3 Abs. 3 hinzugefügt:

„Im Sinne des Abs. 1 Nr. 2 soll der Angriff gegen das Oberhaupt eines Staates oder gegen die Mitglieder seiner Familie weder als politisches Verbrechen oder Vergehen, noch als eine mit einem solchen im Zusammenhang stehende Handlung angesehen werden, wenn der Angriff den Tatbestand des Totschlages oder Mordes bildet. Ebenso wenig soll die Bestimmung des Abs. 1 Nr. 2 auf anarchistische Verbrechen und Vergehen Anwendung finden.“

Die Verträge Paraguays mit der Schweiz und England enthalten ebenfalls die Bestimmung, daß politische Verbrecher nicht ausgeliefert werden sollen (Art. 3 Ziff. 2 bzw. Art. VI); sie enthalten aber nicht die Einschränkungen, welche der deutsche Vertrag ausspricht. Das ist ohne weiteres verständlich, soweit die sogenannte Attentatsklausel hier aufgenommen ist, dort aber fehlt. Die Schweiz und England haben sich aus verschiedenen Gründen ihr gegenüber von jeher ablehnend verhalten, während sie in deutschen Konventionen schon seit 1858 erscheint und in der Mehrzahl der Reichsverträge enthalten ist¹²⁾. Der bedingungslose Ausschluß der

¹²⁾ Vgl. Mettgenberg, Die Attentatsklausel im deutschen Auslieferungsrecht (Tübingen 1906).

anarchistischen Verbrechen oder Vergehen vom politischen Asyl ist aber auch für das deutsche Recht etwas völlig Neues. Die Zeitschrift bemerkt hierzu: „Art. 3 Abs. 2 enthält, wie andere Verträge des Reichs, die sogenannte Attentatsklausel. Im Anschluß daran ist bestimmt, daß anarchistische Verbrechen oder Vergehen gleichfalls nicht als politische Straftaten angesehen werden sollen — eine Bestimmung, die bereits in einem auf dem pan-amerikanischen Kongreß von 1902 vereinbarten Verträge, betreffend Auslieferung und Schutz gegen Anarchismus, Aufnahme gefunden hatte.“ Es ist hier der am 28. Januar 1902 auf der zweiten panamerikanischen Konferenz in Mexiko entworfene Treaty for the extradition of criminals and for protection against anarchism gemeint. Die Vertreter der amerikanischen Staaten haben sich hier auf 16 Artikel geeinigt, die in spanischer und englischer Sprache abgefaßt sind. Art. 2 und 13 dieser Vereinbarung bezwecken die Bekämpfung des Anarchismus und lauten¹³⁾:

„Extradition shall not be granted for political offences or for deeds connected therewith. There shall not be considered as political offences acts which may be classified as pertaining to anarchism, by the legislation of both the demanding country and the country from whom the demanding is made.“

„The extradition of any individual guilty of acts of anarchism can be demanded whenever the legislation of the demanding state and of that on which the demand is made has established penalties for such acts. In such case, it shall be granted, although the individual whose extradition be demanded may be liable to imprisonment of less than two years.“

Entsprechend haben in einer Auslieferungsvereinbarung der mittelamerikanischen Republiken Costa Rica, Guatemala, Hondu-

¹³⁾ Vgl. Actas y documentos de la segunda conferencia pan-americana. Second pan-american conference. Minutes and documents (Mexico 1902), S. 749 ff., namentlich S. 752, 754. Vgl. auch Theodor Niemeyer, Internationalrechtliche Ergebnisse der jüngsten panamerikanischen Konferenz. In der Zeitschrift für internationales Recht, Bd. 12 (1903) S. 571—578. Robert Büchi, Die Geschichte der panamerikanischen Bewegung mit besonderer Berücksichtigung ihrer völkerrechtlichen Bedeutung (Breslau 1914), Heft 2 der Völkerrechtlichen Monographien, herausgeg. von Walter Schücking und Hans Wehberg, S. 100. Büchi erwähnt, daß der Vertragsentwurf von 1902 die zwischen den Vereinigten Staaten, Argentinien und Mexiko bestehenden Verträge zum Vorbild genommen habe.

raß, Nicaragua und El Salvador vom 20. Dezember 1907 die vertragsschließenden Staaten sich für ihren wechselseitigen Auslieferungsverkehr in Art. III dahin festgelegt¹⁴⁾:

„The person whose extradition is conceded, because of one of the crimes mentioned in Article I, shall in no case be tried and punished in the country to which he is surrendered for a political crime committed before his extradition nor for an act which may have connection with a political crime. The attempt against the life of the head of the Government or anarchistical attempts shall not be considered a political crime, provided that the law of the demanding country and of the country of which extradition is requested shall have fixed a penalty for said acts. In that case extradition shall be granted, even when the crime in question shall carry a penalty of less than two years of imprisonment.“

In solchen Bestimmungen sind also die Vorbilder für die Anarchistenklausel des deutsch-paraguayischen Auslieferungsvertrags zu suchen¹⁵⁾. Es scheint demnach ausgeschlossen, daß sie auf deutsche Anregung hin übernommen worden ist, und es steht zu hoffen, daß sie nicht in weitere Verträge des Deutschen Reiches übergeht. Sie paßt sich in der gewählten Form in keiner Weise der Regelung des politischen Asyls im deutschen Auslieferungsrecht an. Das politische Verbrechen ist nach deutscher Anschauung objektiv zu verstehen¹⁶⁾. So verschieden in den einzelnen Staaten die Begriffsbestimmungen der politischen Verbrechen sind, so hat sich doch im Deutschen Reich nach langem Suchen die Auffassung durchgesetzt, daß es auf das angegriffene Rechtsgut ankommt. Als politisch gelten alle Delikte, die objektiv gegen politische Rechtsgüter gerichtet sind. Es ist gleichgültig, aus welchen Beweggründen der Täter handelt; gleichgültig, welche Ziele er ver-

¹⁴⁾ Vgl. Mettgenberg, Die Auslieferungsvereinbarung der mittelamerikanischen Republiken vom 20. Dezember 1907. In dieser Zeitschrift Bb. 28 (1907/8) S. 849 ff.; namentlich S. 853 ff.

¹⁵⁾ Vgl. Mettgenberg, Die Auslieferung anarchistischer Verbrecher nach deutschem Recht (1916). In der „Deutschen Strafrechtszeitung“, Bb. 3 S. 326 ff.

¹⁶⁾ Vgl. Mettgenberg, Der Begriff des politischen Verbrechens im Auslieferungsrecht (1913). In der „Deutschen Juristenzeitung“, Bb. 18 S. 1381 ff.

folgt. Die Bestimmung im einzelnen, welche Rechtsgüter nach deutschem Recht als politische anzusehen sind, kann streitig sein, ist aber nach und nach ziemlich übereinstimmend erfolgt. Man darf formulieren: Politisch sind diejenigen Verbrechen, welche sich gegen die Integrität des Gebietes, der Verfassung und der völkerrechtlichen Beziehungen des Staates sowie gegen die Integrität der staatsbürgerlichen Rechte der Staatsangehörigen richten¹⁷⁾. Jedenfalls steht hiernach allgemein fest, daß das deutsche Auslieferungsrecht als gemein diejenigen Verbrechen ansieht, die ein gemeines Rechtsgut, als politisch diejenigen, die ein politisches Rechtsgut verletzen. Anders verhält es sich mit den „Handlungen, welche mit einem politischen Verbrechen oder Vergehen im Zusammenhang stehen“. Dabei ist an gemeine Straftaten zu denken, die in einer inneren, unlöslichen Verbindung mit politischen Verbrechen begangen werden. Diese Verbindung muß sowohl objektiver wie subjektiver Art sein. Nur solche Handlungen stehen in dem erforderlichen Zusammenhange, die demselben Endzweck dienen, wie das politische Verbrechen selbst, obschon sie als solche nicht ein politisches Rechtsgut angreifen. Und diese Zweckbeziehung muß dem Täter bewußt sein; sie muß von ihm gewollt sein. Solchen deutschen Rechtsanschauungen stehen die amerikanischen — eine paraguayische Sonderauffassung wird es nicht geben — gegenüber. Bei einem deutsch=paraguayischen Auslieferungsvertrag muß aber auch die amerikanische Begriffsbestimmung des politischen Verbrechens berücksichtigt werden, so wenig durchsichtig sie ist¹⁸⁾. Sie läßt im allgemeinen die politischen Delikte selbst ganz außer Betracht, da nur wegen der im Verzeichnisse enthaltenen, d. h. gemeinen Straftaten Auslieferung gewährt wird, politische Verbrechen für sie also nicht in Betracht kommen. Die in den Verträgen als *asylumfähig* bezeichneten *crimes of a political character* decken sich daher im wesentlichen mit dem, was das deutsche Auslieferungsrecht als „Handlungen“ umschreibt, „welche

¹⁷⁾ Vgl. von Martitz, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Bd. 2 (Leipzig 1897) S. 273, 274 (zunächst für das belgische Recht); Arthur Müller, Der Begriff des politischen Verbrechens nach dem positiven Auslieferungsrecht des Deutschen Reiches (Leipziger Diss. 1907), S. 62 ff.

¹⁸⁾ Vgl. Mettgenberg, Die amerikanische Definition des politischen Verbrechens im Auslieferungsrecht. Im Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 27 (1911) S. 247 ff.

mit politischen Verbrechen im Zusammenhang stehen". Ob ein Verbrechen mit „politischem Charakter“ vorliegt, wird kasuistisch entschieden. Wenn der Täter während einer aufständischen Bewegung als Mitbeteiligter eine Straftat begeht, die als ein Teilakt des Ganzen angesehen werden kann, so wird der politische Charakter seines Verbrechens bejaht. Nur darf er nicht rein persönliche Zwecke verfolgt haben. Wie fügt sich nun da das anarchistische Verbrechen ein? Das anarchistische Verbrechen kann offensichtlich nur auf subjektive Gesichtspunkte abgestellt werden, da es Rechtsgüter anarchistischer Art nicht gibt. Die Umschreibungen beziehen sich daher alle auf die subjektive Seite der Tat. Hermann Seuffert nennt ein Verbrechen anarchistisch, bei dem der Täter „unmittelbar oder mittelbar die Beseitigung jeder staatlichen Ordnung bezweckt“¹⁹⁾. Ähnlich sucht Heinrich Lammasch das Merkmal der anarchistischen Begehung zu erfassen²⁰⁾: „Das anarchistische Verbrechen ist eine Gewalttat, die nicht nur den Bestand einer bestimmten Regierungsform, die Tätigkeit der Organe der Staatsgewalt des einen oder des anderen Landes angreift, sondern eine solche, die gegen die „Herrschaft“, gegen die Staatsgewalt überhaupt und überall sich richtet.“ Es kommt auf die „Gesinnung“ des Verbrechers, auf die Art des „Gesellschaftszustandes“ an, welche er „anstrebt“. Ein solches Verbrechen kann nach deutscher Rechtsanschauung politisch sein. Es ist es dann, wenn es ein politisches Rechtsgut angreift. Es kann auch gemein sein, nämlich dann, wenn das angegriffene Rechtsgut nicht politisch, also gemein ist. Es kann endlich eine Handlung darstellen, die mit einem politischen Verbrechen im Zusammenhang steht, nämlich dann, wenn sie an sich gemein, aber doch einem politischen Endzweck zu dienen bestimmt ist. Nur in diesem letzten Falle ist die „Gesinnung“ des Täters, der von ihm erstrebte Erfolg seiner Handlung von Bedeutung. Das Einstellen subjektiver Merkmale in die anderen, völlig objektiven Begriffsbestimmungen schafft Verwirrung und unerwünschte Ergebnisse. Eine schwere Tätlichkeit gegen einen deut-

¹⁹⁾ Hermann Seuffert, *Anarchismus und Strafrecht* (Berlin 1899) S. 185.

²⁰⁾ Lammasch, *Über die Auslieferung wegen anarchistischer Verbrechen*. In der „*Deutschen Juristenzeitung*“, Bd. 4 (1899) S. 6, 7. Vgl. auch Alfredo Moscatelli, *I delitti politici e gli attentati anarchici in materia di estradizione*. In der *Rivista penale*, Bd. 49 (1899) S. 356–366.

schen Bundesfürsten (§ 94 StGB.), aus anarchistischer Gesinnung verübt, gäbe einen Anspruch auf Auslieferung; aus persönlichem Haß oder sonstigen Gründen begangen, genösse Asyl! — Es ist allerdings nicht zu verkennen, daß das anarchistische Verbrechen sich der amerikanischen Begriffsbestimmung der politischen Delikte besser anpaßt, da diese ihrerseits in weitgehendem Maße subjektive Gesichtspunkte enthält. Das kann aber für das Deutsche Reich kein Grund sein, die Anarchistenklausel in seine Verträge aufzunehmen. Denn mit seinen Rechtsanschauungen reimt sie sich jedenfalls schlecht zusammen. Und daß sie praktisch unentbehrlich wäre, wird sich nicht behaupten lassen.

Die beiderseitigen Auslieferungspflichten können nach dem Vertrage noch von anderen Umständen beeinflusst werden. Auch wenn alle persönlichen und sachlichen Bedingungen erfüllt sind und die Auslieferung an sich daher bewilligt werden müßte, kann sie doch verweigert werden, wenn die beanspruchte Person im ersuchten Staat gerade wegen des Auslieferungsverbrechens bereits verfolgt wird oder vor Gericht gestellt ist (Art. 4). Die eigene Rechtspflege und die heimische Gerichtsbareit sollen vor der fremden den Vorrang haben. Paraguay wird keinen deutschen und das Deutsche Reich wird keinen paraguayischen Staatsangehörigen ausliefern, wenn dieser auf eigenem Boden eine strafbare Handlung begangen hat, sollte auch der Heimatstaat nach seiner Gesetzgebung in der Lage sein, ihn deshalb zur Rechenschaft zu ziehen. Der schweizerische und der englische Vertrag enthalten die gleiche Bestimmung (Art. 4). Sie enthalten auch, ebenso wie der deutsche Vertrag, die Vereinbarung, daß Auslieferung nicht stattfindet, wenn bereits eine Aburteilung der beanspruchten Person erfolgt ist, mag Verurteilung oder Freisprechung eingetreten sein (Art. 3 Ziff. 4 bzw. Art. 4). Non bis in idem gilt hier über die Landesgrenzen hinaus. Gerichtshängigkeit des Auslieferungsverbrechens im weitesten Sinne gibt ein Recht zur Verweigerung der Auslieferung; erfolgte Aburteilung schließt sie aus.

Eine weitere Einschränkung der Auslieferungspflichten tritt auch beim Vorliegen aller übrigen Voraussetzungen dann ein, wenn eine Konkurrenz von Auslieferungsanträgen vorhanden ist, wenn also mehrere Staaten den Verfolgten ausgeliefert haben wollen. Es erhält dann nach dem Vertrage der ersuchte

Staat ein Wahlrecht. Er kann dem Auslieferungsantrage einer der anderen Regierungen den Vorzug geben, sofern er dazu entweder vertragsmäßig verpflichtet oder aber der Meinung ist, daß dies den Interessen der Strafrechtspflege mehr entspreche (Art. 9). Der schweizerische Vertrag hat das Wahlrecht dahin beschränkt, daß der Staat den Vorzug habe, in dessen Gebiet das schwerste Verbrechen begangen, und bei gleicher Schwere, dessen Auslieferungsgesuch zuerst eingegangen sei (Art. 12); auch soll die Staatsangehörigkeit des Verfolgten für die Entscheidung von Bedeutung sein (Art. 13). Der englische Vertrag läßt einfach die Priorität des Auslieferungsantrages entscheiden (Art. 14). Die Regelung der Frage in dem deutschen entspricht gleichartigen Bestimmungen in anderen deutschen Konventionen, insbesondere dem Auslieferungsvertrage mit Bulgarien vom 29. September 1911 (Art. 11).

II.

Das formelle Auslieferungsrecht, die Regelung des bei Auslieferungen zu beobachtenden Verfahrens und der damit im Zusammenhang stehenden Maßnahmen im ersuchenden und ersuchten Staat, enthält keine wichtigen Abweichungen von den Bestimmungen der anderen Auslieferungsverträge des Deutschen Reichs. Die Vereinbarungen entsprechen zwar durchweg fast wörtlich denjenigen des schweizerischen Vertrages, weichen aber trotzdem eigentlich nur in der Form von der Festlegung des Auslieferungsverfahrens in anderen deutschen Verträgen ab.

Der ersuchende Staat muß seinen Auslieferungsantrag auf diplomatischem Wege stellen (Art. 10 Abs. 1). Er muß ihm die je nach Lage des Falles in Betracht kommenden Unterlagen beifügen, die auf Wunsch von einer Übersetzung in die Sprache des ersuchten Staates zu begleiten sind (Art. 10 Abs. 3). Als solche Unterlagen werden folgende Urkunden erwartet:

- „1. Die Urschrift oder eine beglaubigte Abschrift des Haftbefehls, einer sonstigen Verfügung von gleicher Geltung oder des Strafurteils, welche Urkunden von der zuständigen Behörde nach den im ersuchenden Staate vorgeschriebenen Formen erlassen sein und die strafbare Handlung, den Ort und die Zeit ihrer Begehung angeben müssen;
2. eine Abschrift der auf das Verbrechen oder Vergehen anwendbaren Strafbestimmungen;

5. soweit möglich, eine Beschreibung der beanspruchten Person und andere Angaben, die zur Feststellung ihrer Identität, Persönlichkeit und Staatsangehörigkeit dienen“ (Art. 10 Abs. 2).

Wie sonst, kann einer Verhaftung auf Grund des Auslieferungsantrages die vorläufige Festnahme als vorbereitende Maßregel vorangehen. Sie ist in dringenden Fällen zulässig, muß ebenfalls stets auf diplomatischem Wege erbeten werden und hat die Mitteilung zu enthalten, daß ein Haftbefehl oder eine ihm gleichwertige Verfügung oder aber ein Strafurteil gegen den Verfolgten vorliegt. Die daraufhin vorgenommene vorläufige Festnahme wird drei Monate hindurch aufrechterhalten. Ist bis dahin der eigentliche Auslieferungsantrag noch nicht eingetroffen, so wird der Festgenommene freigelassen, vorausgesetzt, daß keine anderen Haftgründe gegen ihn bestehen (Art. 11).

Eine Verzögerung der Auslieferung tritt ein, wenn die beanspruchte Person im ersuchten Staat strafgerichtlich verfolgt wird oder eine Strafe verbüßt. Es muß dann abgewartet werden, bis die Aburteilung geschehen und die Angelegenheit vollständig erledigt ist, sei es durch Freisprechung, Strafverbüßung oder Begnadigung (Art. 5). Es kommen hier aber selbstverständlich nur strafbare Handlungen in Frage, die nicht dem Auslieferungsantrage zugrunde liegen, da andernfalls — wie bereits im materiellen Auslieferungsrecht berichtet — die Verpflichtung zur Auslieferung überhaupt entfällt (Art. 4). Eine Verzögerung der Auslieferung ist aber nur in diesem Falle zulässig, wo staatliche Strafansprüche sie rechtfertigen. Ohne Einfluß würde es dagegen sein, wenn durch die Auslieferung die Erfüllung von Verbindlichkeiten, welche der Verfolgte im ersuchten Staat etwa übernommen hat, gehindert werden würde. Die Rechte der Beteiligten werden durch die Auslieferung nicht beeinträchtigt und können bei dem zuständigen Richter geltend gemacht werden (Art. 7).

Gleichzeitig mit der Auslieferung der verfolgten Person werden auch die mit der Sache im Zusammenhang stehenden Beweisstücke ausgeliefert. Als solche gelten namentlich die aus der Straftat herrührenden Gegenstände, die im Besitz der beanspruchten Person gefunden oder von ihr verborgen und nachher entdeckt worden sind, sowie alle Werkzeuge, die sie zur Begehung der strafbaren Handlung benutzt hat. Die Übergabe dieser Beweisstücke

soll auch dann stattfinden, wenn die Auslieferung des Verfolgten selbst wegen seines Todes oder seiner Flucht unmöglich geworden ist. Rechte dritter Personen an den Beweisstücken bleiben vorbehalten, und es wird ausdrücklich vereinbart, daß den Berechtigten ihr Eigentum nach Beendigung des Verfahrens auf diplomatischem Wege kostenfrei zurückgegeben werden soll (Art. 15).

Der im neueren europäisch-kontinentalen Auslieferungsrecht allgemein üblichen, großzügigen Gegenseitigkeit entsprechend, enthält der Vertrag in Art. 16 den bekannten Kostenverzicht. Die Kosten, die im Gebiete des ersuchten Staates durch Festnahme, Haft, Bewachung, Unterhalt und Beförderung entstehen, werden von diesem getragen. Weder für die Person des Auszuliefernden noch für die Beweisstücke wird Erstattung irgendwelcher Kosten beansprucht. Während der schweizerische Vertrag die Frage in gleicher Weise geregelt hat (Art. 20), werden nach dem englischen Vertrag dem ersuchenden Staat die Kosten in Rechnung gestellt, wie das vor Zeiten allgemein Brauch war (Art. 17).

III.

Die Einschränkungen, welche der ersuchende Staat bei dem Strafverfahren gegen den Ausgelieferten berücksichtigen muß, sind in Art. 6 des Vertrages in wenig glücklicher Fassung zur Darstellung gekommen. Es soll hier reine Spezialität vereinbart werden: Verfolgbar sind nur diejenigen strafbaren Handlungen, wegen deren die Auslieferung bewilligt ist, oder deren Verfolgung der ersuchte Staat nachträglich ausdrücklich freigibt. Andere, vor der Auslieferung begangene Straftaten haben auszuscheiden. Diese Bedingungen sind in folgende Form gekleidet: „Eine Person, deren Auslieferung bewilligt worden ist, kann wegen eines Verbrechens oder Vergehens, das vor der Auslieferung begangen worden ist, oder wegen einer mit einem solchen in Zusammenhang stehenden Handlung nur verfolgt und bestraft werden, wenn der Staat, der ihre Auslieferung bewilligt hat, hierzu seine Zustimmung erteilt und es sich um Straftaten handelt, die in Art. 2 aufgeführt sind.“ Hier fehlt die Hervorhebung des Umstandes, daß nur von Straftaten die Rede ist, wegen deren die Auslieferung nicht bewilligt war, da im übrigen eine erneute Genehmigung selbstverständlich sinnlos wäre. Was soll weiter unten den „mit einem Verbrechen im Zusammenhang stehenden Handlungen“ verstanden werden? Ist ihre Erwähnung nicht

unter allen Umständen überflüssig? Und ist es nicht ebenso überflüssig auszusprechen, daß nur Straftaten in Frage kämen, die der Art. 2 aufführt? Will der Staat, der sich die Zustimmung vorbehalten hat und sie nach Prüfung der Sachlage erteilt, die Entscheidung, ob ein im Art. 2 erwähntes Delikt vorliegt, wirklich dem verfolgenden Staat überlassen? — Die unbefriedigende Fassung der Bestimmungen ist dem Vertrage Paraguays mit der Schweiz entnommen (Art. 8 Abs. 1).

Daß sie die strenge Form der Spezialität festlegen sollen und wollen, ergibt sich aus dem zweiten Satze des Art. 6 Abs. 1, der das Recht zur Weiterlieferung des Ausgelieferten beschränkt. Die ausgelieferte Person darf nämlich nicht an einen dritten Staat weitergeliefert werden, der sie wegen anderer Straftaten als derjenigen, welche die Auslieferung begründet haben, beansprucht. Hier endlich wird deutlich gesagt, daß an solche Verbrechen und Vergehen zu denken ist, von denen bei den Auslieferungsverhandlungen keine Rede war.

Die Einschränkungen, welche der Vertrag dem ersuchenden Staate auferlegt, sind für ihn aus der Auslieferung erwachsene Rechtspflichten, von deren Befolgung ihn etwaige Erklärungen des Ausgelieferten selbst nicht ohne weiteres entbinden können. Wohl aber kann ihn der ersuchte Staat davon befreien. Dieser scheint das indessen nur zu wollen, wenn der Ausgelieferte seinerseits es wünscht. Art. 6 Abs. 2 bestimmt nämlich, daß die Einschränkungen, welche für das Strafverfahren und die Weiterlieferung gelten, in Wegfall kommen, wenn der Verfolgte vor oder nach der Auslieferung ausdrücklich einwilligt, daß er wegen irgendeiner anderen Straftat — selbst wegen solcher, die der Vertrag nicht enthält — verfolgt oder bestraft oder weitergeliefert wird, und wenn der hiervon verständigte ausliefernde Staat keine Einwendungen erhebt. Der schweizerische Vertrag, der im übrigen dieselben Vereinbarungen enthält, läßt die Einwilligung des Ausgelieferten hier allein genügen. Es bedarf keiner Zustimmung des ausliefernden Staates. Eine solche Regelung der Frage würde den deutschen Rechtsgewohnheiten durchaus widersprochen haben²¹⁾.

²¹⁾ Vgl. Mettgenberg, Die Praxis des deutschen Reichsgerichts in Auslieferungssachen. In der Zeitschrift für internationales Recht, Bd. 18 (1908) S. 440 ff., Bd. 23 (1913) S. 290 ff. Mettgenberg, Das deutsche Auslieferungsrecht in der Praxis des Reichsmilitärgerichts. In der Zeitschrift für Völkerrecht, Bd. 9 (1916) S. 473 ff.

Es entfallen überhaupt alle Einschränkungen in der Durchsetzung strafrechtlicher Maßnahmen, wenn der ehemals Ausgelieferte nicht mehr als „Ausgelieferter“ gilt. Sein freies Geleit erlischt durch Zeitablauf. Die Zeit ist abgelaufen, wenn er in dem Lande, dem er ausgeliefert ist, länger als drei Monate von dem Tage an, wo er nach Erledigung des Strafverfahrens und etwaiger Strafverbüßung wieder frei geworden ist, weiter verbleibt oder nach Verlassen des Landes dahin zurückkehrt (Art. 6 Abs. 3).

IV.

Der Rechtshilfeverkehr in Strafsachen außerhalb der Auslieferung ist in dem Vertrage, wie die Denkschrift hervorhebt, inhaltlich nach den Bestimmungen der früheren Auslieferungsverträge des Reichs geregelt; nur der Wortlaut der Vereinbarungen ist dem schweizerisch-paraguayischen Vertrag angepaßt. Wie der Auslieferungsverkehr wird auch der sonstige Rechtshilfeverkehr im diplomatischen Wege vermittelt, mag es sich um Durchlieferungen, Untersuchungshandlungen, Zeugengestellungen oder Zusendung von Strafnachrichten handeln.

Die Durchlieferung stellt eine wesentlich andere Rechtshilfehandlung dar als die Auslieferung. Sie liegt dann vor, wenn dem Deutschen Reich oder Paraguay von einer dritten Regierung eine Person ausgeliefert wird, die zu Lande oder zu Wasser durch deutsches oder paraguayisches Gebiet geführt oder auf einem deutschen oder paraguayischen Schiff befördert werden muß. Der Sache nach gelten für sie allerdings im allgemeinen dieselben Bedingungen wie für die Auslieferung. So müssen die gleichen Urkunden wie bei einem Auslieferungsantrag, mit Ausnahme nur der Personenbeschreibung und der Identitätspapiere, beigebracht werden. Bewilligt wird die Durchlieferung, wenn es sich nicht um einen Staatsangehörigen des durchliefernden Staates handelt, und wenn die Auslieferung wegen einer Straftat erfolgt, wegen deren nach dem Vertrag eine Auslieferungspflicht begründet sein würde (Art. 14). Politische Verbrecher z. B. werden also regelmäßig auch nicht durchgeliefert.

Auch im übrigen ist es für Rechtshilfehandlungen Voraussetzung, daß es sich um nichtpolitische Strafsachen handelt. Untersuchungshandlungen jeder Art, insbesondere Zeugenvernehmungen, sollen in Strafsachen, die sich auf auslieferungspflicht-

rige Verbrechen beziehen, auf Grund eines Ersuchungsschreibens mit Beschleunigung erledigt werden. Die Erledigung geschieht nach den Gesetzen des ersuchten Staates. Irgendwelche Kosten werden mit Ausnahme der Sachverständigengebühren für strafrechtliche, handelsrechtliche oder gerichtsarztliche Gutachten nicht in Ansatz gebracht (Art. 12 Abs. 1 und 2). Ebenso wenig wird Kostenerstattung begehrt, wenn ohne Ersuchen von Amts wegen im Deutschen Reich zum Zwecke der Verfolgung und Feststellung von Straftaten paraguayischer Staatsangehöriger oder umgekehrt in Paraguay zur Ermittlung von Straftaten deutscher Staatsangehöriger gerichtliche Maßnahmen vorgenommen werden, und später in dem anderen Staate die Verfolgung aufgenommen wird (Art. 12 Abs. 3).

Wie Untersuchungs-handlungen werden in unpolitischen Strafsachen auch Zeugengestellungen veranlaßt. Wird um das persönliche Erscheinen eines Zeugen gebeten, so wird dieser aufgefordert, der Ladung Folge zu leisten. Ist er dazu bereit, so werden ihm Reise- und Aufenthaltskosten wahlweise nach den Sätzen des ersuchenden oder ersuchten Staates erstattet. Der ersuchte Staat wird ihm nötigenfalls in Höhe des von dem ersuchenden Staate anzugebenden Geldbetrages einen Vorschuß gewähren und den Vorschuß vom ersuchenden Staat wieder einziehen. Jeder Zeuge, der in dieser Weise freiwillig vor den Richtern des anderen Landes erscheint, genießt freies Geleit. Er darf ohne Rücksicht auf seine Staatsangehörigkeit wegen älterer zivil- und strafrechtlicher Ansprüche und Angelegenheiten oder im Zusammenhang mit der Sache, in der er erscheint, weder verfolgt noch verhaftet werden (Art. 13).

Endlich wird als eine zur Bekämpfung des internationalen Verbrechertums wesentliche und nützliche Rechtshilfe-handlung der Austausch von Strafnachrichten vereinbart. Das Deutsche Reich und Paraguay teilen einander kostenlos alle wegen Verbrechen und Vergehen erfolgten gerichtlichen Verurteilungen der Staatsangehörigen des anderen Landes mit. Hier sind natürlich auch Urteile in politischen Strafsachen nicht ausgenommen. Die Mitteilung geschieht durch Übermittlung einer Strafnachricht oder eines Auszuges aus dem Urteil (Art. 17).

* * *

Der Bericht über den Inhalt des deutsch-paraguayischen Vertrags wird bewiesen haben, daß der erhobene Vorwurf, er sei systematisch wenig durchgearbeitet, berechtigt ist. Das gilt in erster Linie vom materiellen Auslieferungsrecht. Trotz der reichen Erfahrungen der Zwischenzeit kann der Vertrag keinen Anspruch darauf machen, wertvoller zu sein, als der am 12. Februar 1880 zwischen dem Deutschen Reich und dem orientalischen Freistaat Uruguay zustande gekommene Auslieferungsvertrag. Ein eingehender Vergleich mit diesem würde nicht unwahrscheinlich zu dessen Gunsten ausfallen. Uruguay und Paraguay sind gegenwärtig die einzigen südamerikanischen Staaten, deren Auslieferungsverkehr mit dem Deutschen Reich im einzelnen vertraglich geregelt ist. Der praktisch wichtige Auslieferungsvertrag, welcher am 17. September 1877 zwischen dem Deutschen Reich und Brasilien abgeschlossen worden war, ist nach Kündigung durch die brasilianische Regierung am 15. September 1913 außer Kraft getreten. Die in dem Freundschafts-, Handels- und Schiffahrtsvertrag mit Columbien vom 23. Juli 1892 vorgesehene „besondere Vereinbarung über die gegenseitige Auslieferung“ (Art. 23) ist bis jetzt noch nicht zustande gekommen. Notwendiger aber als sie wäre eine vertragliche Wiederherstellung bzw. Festlegung der Auslieferungsbeziehungen des Deutschen Reiches mit den südamerikanischen ABC-Staaten.

3.

Die Christliche Wissenschaft.

Von Käte Weber.

Die Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft enthielt im 37. Band im 5. Heft unter dem Titel „Der Szientismus“ eine Abhandlung von dem Kirchenhistoriker Herrn Professor D. Dr. Karl Holl, die als Aufklärungsschrift für Juristen berechnet ist und in der der Verfasser Stellung nimmt zu der Frage, wie der weltliche Richter sich der Christlichen Wissenschaft gegenüber verhalten sollte, wenn dieselbe vor dem Richterstuhl erscheint.